

3.11.2009

Bewertung der Koalitionsvereinbarung zum Thema Menschen ohne Papiere

Wir begrüßen, dass durch die angekündigte Aufhebung der Meldepflicht öffentlicher Stellen, wie sie in einigen Bundesländern bereits praktiziert wird, Kindern ohne regulären Aufenthaltsstatus der Schulbesuch bundesweit ermöglicht wird. Die Koalition kommt damit einer langjährigen Forderung aus der Zivilgesellschaft nach. Jetzt kommt es darauf an, die Landesschulgesetze rasch anzupassen und zu kontrollieren, dass die entsprechenden Erlasse der Schulbehörden von den Schulleitungen auch umgesetzt werden.

Da die Kindergärten in öffentlicher Trägerschaft und – in Zusammenhang mit der Finanzierung von Kindergartenplätzen die Jugend- bzw. Sozialämter - leider nicht in diesen Neuregelung einbezogen worden sind, fordern wir auch insoweit die Aufhebung der Meldepflicht. Kinder sind als die Schwächsten in unserer Gesellschaft besonders schutzbedürftig. Sie dürfen daher nicht zu Leidtragenden des Lebens ohne Aufenthaltspapiere werden. Die Bundesregierung muss sich fragen lassen, ob die völlige Außerachtlassung der psychologischen, lebensperspektivischen und gesellschaftlichen Konsequenzen versäumten Schulbesuchs und die damit verbundene Missachtung des Kindeswohls mit dem Selbstverständnis eines sozialen Rechtsstaats vereinbar sind.

Das Menschenrecht auf Gesundheit muss unabhängig vom Aufenthaltsstatus gewährleistet werden. Um den tatsächlichen Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung ohne Gefahr der Abschiebung zu ermöglichen, fordern wir daher die Aufhebung der Meldepflicht für öffentliche Krankenhäuser, Gesundheitsämter, Sozialämter und psychosoziale Beratungsstellen. In diesem Zusammenhang sind auch die Gefahren für die öffentliche Gesundheit im Fall ansteckender Krankheiten von Bedeutung. Als Alternativlösung käme die Einführung anonymisierter Krankenscheine für Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus in Betracht.

Um die gerichtliche Durchsetzung des Lohnanspruchs und sonstiger Rechte aus der Arbeit zu gewährleisten, vor allem Ausbeutung am Arbeitsplatz zu verhindern, muss die Meldepflicht von Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie von Behörden, die den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz überwachen, abgeschafft werden.

Schließlich fordern wir, Legalisierungsaktionen für Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus ins Auge zu fassen, die länger als fünf Jahre ununterbrochen in Deutschland leben, der deutschen Sprache mächtig sind und ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten.

AKTIONCOURAGE e.V. -
SOS Rassismus
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstraße 201
53113 Bonn
Tel. 0228 – 21 30 61
Fax 0228 – 26 29 78
info@aktioncourage.org
www.aktioncourage.de

Vorstand:

Bernhard von Grünberg
(Vorsitzender)
Brigitte Erler
Klaus Gabrielli
Dr. Heiner Geißler BM a.D.
Gudrun Graichen-Drück
Heiko Kauffmann
Sanem Kleff
Dr. Gerd Pflaumer
Sybille von Stocki
Klaus Stoltenberg

Kuratorium:

Marianne Birthler
Dr. Norbert Blüm BM a.D.
Dr. Nadeem Elyas
Maybrit Illner
Prof. Barbara John
Dr. Sabine Leutheusser-
Schnarrenberger MdB
Cem Özdemir
Dr. Edzard Reuter
Prof. Hansjürgen Rosenbauer
Dr. Herbert Schnoor
Dr. Monika Wulf-Mathies

AKTIONCOURAGE
wird unterstützt u.a. von:
Franziska van Almsick
Dr. Franz Alt
Dirk Bach
Dieter Baumann
Dr. Alfred Biölek
Renan Demirkan
Dr. Klaus von Dohnanyi
Johannes B. Kerner
Brothers Keepers
Jürgen von der Lippe
Xavier Naidoo
Die PRINZEN
SMUDO, Die Fantastischen Vier
Günter Wallraff

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 370 205 00
Konto 7097 400

AKTIONCOURAGE e.V.
ist Mitglied im DPWW